



Arbeit der Landesgeschäftsstelle belegt

**Rechtliche Möglichkeiten
auszuschöpfen, lohnt sich**



Seite 4:
Die Sitzung des Landes-
hauptvorstands – ein
Highlight des Verbands

Seite 16:
Verbändebündnis fordert
analogen Zugang zu
BahnCard und Sparpreisen

BBW-Seite 7:
Gespräch mit LBV:
BBW präsentiert
prall gefüllte Agenda



Seniorenverband öffentlicher Dienst BW

Der Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Pensionären und Rentnern aus dem gesamten öffentlichen Dienst und deren Hinterbliebenen einschließlich seiner privaten Bereiche. Mit über 20 000 Mitgliedern sind wir Ihre starke Interessenvertretung in Baden-Württemberg.

Eingebunden in die Organisationen von BBW Beamtenbund Tarifunion und dbb beamtenbund und tarifunion, setzen wir uns ausschließlich für die Belange der Pensionäre, Rentner und deren Hinterbliebenen in Politik und Öffentlichkeit ein. Alle Entscheidungen, die die Pensionäre und ihre Hinterbliebenen betreffen, werden nach der Föderalismusreform vom Land Baden-Württemberg selbst beschlossen.

Wir sind Ihr kompetenter Partner bei allen beamten-, versorgungs-, beihilfe-, rentenversicherungs-, krankenversicherungs-, pflegeversicherungs- und schwerbehindertenrechtlichen Fragen. In rund 70 Orts- und Kreisverbänden bieten wir Ihnen informative Vorträge, gesellige Veranstaltungen und auch Ausflüge an.

aktiv – kompetent – stark

Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V.
Postfach 10 07 39
70006 Stuttgart
Telefon 07 11 / 26 37 35-0 – Telefax 07 11 / 26 37 35-22
Internet: www.senioren-oed-bw.de
E-Mail: info@senioren-oed-bw.de

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

nicht nur bei der diesjährigen Sitzung des Landeshauptvorstands, über die wir in diesem Magazin ausführlich berichten, wurde über die unterschiedlichen Systeme der Altersversorgung und die mitunter sehr kontroversen Argumente für und wider diskutiert. Und immer wieder geht es dabei um die Frage, ob nicht auch Beamte und Selbstständige in die Rentenversicherung einzahlen sollten.

Auslöser der aktuellen Diskussion ist wohl das Ansinnen der Bundesregierung, eine Aktienrente einzuführen. Um das Rentenniveau stabil zu halten und damit die Rentenbeiträge bis 2035 nicht über 22,3 Prozent ansteigen, will der Bund in den nächsten zehn Jahren 200 (schuldenfinanzierte) Milliarden Euro in Aktien investieren und ab 2036 jährlich zehn Milliarden Euro an Erträgen in die Rentenversicherung fließen lassen. Derzeit wird die Rentenversicherung mit jährlich 116 Milliarden Euro aus Steuermitteln bezuschusst und damit indirekt auch von Beamten und Selbstständigen mitfinanziert.

Unter anderem der Focus, der Stern und andere Nachrichtenmagazine berichten mittlerweile aber auch unter Bezugnahme auf den Sachverständigenrat und andere Gutachter, dass Überlegungen über die Einbeziehung von



© Andrea Fabry

derung möglich wäre und dazu sieht er derzeit aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen keine Möglichkeit. Ob dies vorerst einmal das Ende der Neid- und Privilegiendiskussion ist, ist gleichwohl fraglich.

Auch wenn dieses Thema vorerst vielleicht abgeräumt ist, sinnen in „The Länd“ einige Finanzpolitiker nach Möglichkeiten, die Versorgungsrücklagen zur Haushaltskonsolidierung umzuwidmen. Der mittlerweile aufgebaute Kapitalstock aus Versorgungsrücklage und Versorgungsfond scheint manchem Politiker mit insgesamt 11,4 Milliarden Euro so gut zu sein, dass man sich vorstellen kann, auf die Zuführung regelmäßiger Finanzmittel zur Versorgungssicherung verzichten zu können. Selbst der Bund der Steuerzahler widerspricht allerdings diesem Ansinnen. Alles, was jetzt gekürzt wird, fehle später, so die Kritik. Wer die Zuflüsse jetzt reduziert, verlagere Probleme in die Zukunft. „Ein Griff in diese Kasse belastet nachfolgende Generationen“, sagte Eike Möller, Chef des Bundes der Steuerzahler im Land. Beamtenbund und Seniorenverband sehen das genauso und hoffen, dass es nicht zu einem neuerlichen Sündenfall im Versorgungsdenken der politischen Akteure kommt.

Joachim Lautensack,
Landesvorsitzender

Beamten und Selbstständigen in die Rentenversicherung allenfalls kurzfristig zu bescheidenen positiven Effekten führen könnten, die sich in der weiteren Folge aber wieder umkehren. Überdies kämen bei den staatlichen Arbeitgebern erhebliche zusätzliche Kosten für Ausgleichsmaßnahmen hinzu. Die Erweiterung des Versicherungskreises sei insofern kein Patentrezept zur Sanierung der Rentenkasse.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat dies wohl auch erkannt und lehnt laut einem aktuellen Bericht von ntv-online die Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung ab: „Da das ja eine riesige Umstellungszeit wäre, weil ja alle Ansprüche haben, ist die Frage, was man da finanziell gewinnen würde, glaube ich auch mit vielen Fragezeichen zu versehen. Man kann sagen: Das wäre über viele Jahrzehnte eine finanzielle und fiskalische Katastrophe.“ Scholz ist sich überdies bewusst, dass eine systematische Änderung im Beamten- und Versorgungsrecht nur mit einer Verfassungsän-

> Seniorenverband BW

- > Landeshauptvorstandssitzung des Seniorenverbandes 2024: Das Verbandshighlight des Jahres 4
- > Aus der Arbeit der Landesgeschäftsstelle: Nachweispflicht der Kostenerstattung 8
- > Schlichtungsverfahren war erfolgreich 9
- > Otto Hoff verstorben: ein Nachruf 9
- > Hauptversammlung der dbb-Bundessenioren – im Fokus: Grundsatzfragen zur Alimentation 10
- > Änderung der Bundesbeihilfeverordnung ab 1. April 2024: Was neu geregelt und zu beachten ist 11
- > **Aktuelles aus dem BBW Magazin**
- > Änderungen der Bundesbeihilfeverordnung zum 1. April 2024: Auswirkungen auf Beihilferecht im Land 15
- > Verbändebündnis fordert analogen Zugang zu BahnCard und Sparpreisen: Bahnfahren ohne Digitalzwang 16
- > Aus den Verbänden 17
- > Veranstaltungen 22

Impressum:

Zeitschrift des Seniorenverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V.
Herausgeber: Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V. **Schriftleitung:** Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V., Landesvorsitzender Joachim Lautensack
Redaktion: Heike Eichmeier. **Fotos:** Seniorenverband BW, MEV, shutterstock. **Titelfoto:** © Sebastian Duda/stock.adobe.com. **Anschrift und Redaktion:** Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V., Im Himmelsberg 18, 70192 Stuttgart. **Telefon:** 0711.2637350. **Telefax:** 0711.263735-22. **Adressänderungen und Kündigungen** schriftlich an den Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V. **E-Mail:** info@senioren-oed-bw.de. **Internet:** www.senioren-oed-bw.de. **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit vollem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Schriftleitung wieder. „Seniorenmagazin öffentlicher Dienst Baden-Württemberg“ erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder des Seniorenverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V. ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Einzelheft 6,90 Euro zzgl. 2,60 Versandkosten, inkl. MwSt.; Jahresabonnement 41,20 Euro zzgl. 15,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abbestellungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Herausgeber der BBW-Seiten:** Landesleitung des BBW – Beamtenbund Tarifunion, Am Hohengehren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de. **Internet:** www.bbw.dbb.de. **Schriftleitung:** „BBW Magazin“, Vorsitzender Kai Rosenberger. **Redaktion:** Heike Eichmeier. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740. **Anzeigenverkauf:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 13**, gültig ab 1.1.2024. **Druckauflage:** Seniorenmagazin 18 500 (IVW 1/2024). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Layout:** Dominik Allart, FDS, Geldern. **Herstellung:** LN. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 2193-9381**

